

**V-39** Nicaragua- Solidarität mit der demokratischen Opposition

Antragsteller\*in: Wendel Jaromir Burkhardt (KV Frankfurt)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

**Antragstext**

- 1 Nicaragua: Solidarität mit den demokratischen Widerstandsbewegungen , Freiheit für  
politische
- 2 Gefangene, Aufbau eines neuen Regierungssystems...
- 3 Erwachsen aus Solidarität mit den Menschen Nicaraguas engagieren sich viele
- 4 Bürger\*innenbewegungen und Solidaritätskomitees in Deutschland - zum Beispiel in  
Kommunen im
- 5 Rahmen ihrer Städtepartnerschaftenseit den 1980ern für den positiven Austausch  
miteinander.
- 6 Auch viele Mitglieder und Aktivist\*innen von B90/Grünen waren und sind Teil der  
breiten
- 7 Solidaritätsbewegung für Nicaragua. In den 80er Jahren verkörperte die sandinistische
- 8 Bewegung auch für viele in Deutschland die Hoffnung auf einen neuen Weg zu einer  
andern Form
- 9 der Gesellschaftspolitik, auf einen gerechten Weg und ein Symbol einer Alternative zu  
den
- 10 eingefahrenen Wegen des doktrinären Sozialismus der Sowjetunion und zu der  
extremen Form des
- 11 Kapitalismus in den USA. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt, und Daniel  
Ortega
- 12 hat sich im Laufe der Jahre immer mehr zum autokratischen Despoten entwickelt.
- 13 Seit April 2018 protestieren große Teile der Bevölkerung Nicaraguas gegen die  
Regierung des
- 14 Präsidenten Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo, die seit Januar 2017 auch  
15 Vizepräsidentin ist. Die friedliche Revolte, die auch den zivilen Ungehorsam propagiert,  
wird
- 16 seither mit brutaler Gewalt beantwortet, die kaum jemand für möglich gehalten hat.
- 17 Nach Angaben von internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen  
mordet,
- 18 inhaftiert, foltert und terrorisiert der Staat die Menschen Nicaraguas. Dabei sind über  
500
- 19 Menschen zum größten Teil von der Polizei und paramilitärischen Gruppen getötet und  
etwa 2000
- 20 weitere mitunter schwer verletzt worden. Hunderte von Oppositionelle wurden ohne  
Haftbefehl
- 21 und ordnungsgemäßes Verfahren sowie unter systematischer Anwendung von Folter  
inhaftiert.
- 22 Viele Grundrechte wie die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das
- 23 Demonstrationsrecht sowie das Recht auf einen fairen Prozess wurden von der  
Regierung Ortega
- 24 missachtet und faktisch außer Kraft gesetzt. Die Repression gegen die Zivilgesellschaft
- 25 richtet sich vor allem gegen Menschenrechtsorganisationen, Journalistinnen und

Journalisten,  
26 Studierende, NGOs und Repräsentantinnen und Repräsentanten der katholischen  
Kirche.  
27 Zahlreiche Ärzte und Ärztinnen und medizinisches Personal, die verwundete  
Demonstrierende  
28 behandelten, sowie Lehrerinnen und Lehrer, Akademikerinnen und Akademiker, LSBTTI  
und andere  
29 Angehörige des öffentlichen Dienstes, die an Demonstrationen teilnahmen, wurden  
entlassen.  
30 Einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde die Rechtsgrundlage  
entzogen. Im  
31 Dezember entzog die Regierung willkürlich u.a. zwei führenden  
32 Menschenrechtsorganisationen CENIDH und Hagamos Democracia den  
Rechtsstatus. Während der  
33 Demonstrationen schloss die Regierung Medieneinrichtungen und zensierte Online-  
Medien. Der  
34 Journalist Ángel Gahona wurde während einer Livesendung erschossen. Geschätzte  
60.000  
35 Menschen sind in das Nachbarland Costa Rica geflohen und leben dort unter prekären  
36 Bedingungen. Hunderte von Oppositionellen leben seit Monaten im Untergrund.

37 Der Bericht von Amnesty International "Shoot to kill.  
Nicaragua's strategy to repress protest"  
38 stellt illegale und willkürliche Verhaftungen und Tötungen fest und belegt schwere  
39 Menschenrechtsverstöße. Meist unter dem Generalvorwurf des Terrorismus, ohne  
jegliche  
40 Indizien, kommt es zu Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender  
Behandlung der  
41 Verhafteten.

42 Der nationale Dialog wurde von der Regierung abgebrochen, und die Kirche, die eine  
wichtige  
43 vermittelnde Rolle innehatte, wurde massiv unter Druck gesetzt. Sowohl die Vereinten  
44 Nationen als auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) rufen zur sofortigen  
45 Wiederaufnahme des Dialogs auf, fordern eine unabhängige Untersuchung der  
Tötungen und  
46 befürworten vorgezogene Neuwahlen. Der UN-Menschenrechtsbericht von August 2019  
kritisiert  
47 deutlich die zahlreichen politischen Gefangenen und dokumentiert das autokratische  
Verhalten  
48 der Regierung Ortega-Murillo.

49 Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in Nicaragua und empfinden es als  
unsere  
50 Verantwortung darauf hinzuwirken, dass Deutschland die schweren  
Menschenrechtsverletzungen  
51 kommentiert und sich nach Möglichkeit an der Lösung des Konflikts beteiligt:

- 52 1. öffentlich die Unterdrückung der friedlichen Proteste in Nicaragua zu  
verurteilen und  
53 sich gemeinsam mit den europäischen und lateinamerikanischen Partnern  
stärker für ein  
54 sofortiges Ende der Gewalt einzusetzen; über das Flüchtlingshilfswerk der

- Vereinten Nationen (UNHCR) Mittel für den Schutz und die Versorgung der Geflüchteten in den Nachbarländern zur Verfügung zu stellen; eine kohärente deutsche und europäische Lateinamerika-Politik im Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftsbereich zu betreiben, zu deren Kernelementen Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte zählen;
- 59 2. sich dafür einzusetzen, den rechtlichen Status der von einem Verbotserlass betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen schnell wiederherzustellen; sich  
60 für faire rechtsstaatliche Verfahren für alle politischen Gefangenen in  
61 Nicaragua  
62 bzw. für eine rasche Freilassung unrechtmäßig Inhaftierter und politischer  
63 Gefangener  
64 einzusetzen; Gefängnisbesuche durch Vertreter der deutschen Botschaft und  
65 ausländische  
66 Mediziner
- 65 3. im Rahmen der EU, gezielte und individuelle Visa- und Vermögenssperren  
66 von führenden  
67 Regierungsvertreterinnen und -vertretern und Einzelpersonen, die für  
68 Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind auszusprechen, auch um,  
69 nach der  
70 Einführung von US-Sanktionen, eine Verlagerung von Finanzströmen und -  
71 mitteln von den  
72 USA nach Europa zu verhindern; Auf eine Sondersitzung des UN-  
73 Menschenrechtsausschusses  
74 in Genf hinzuwirken, mit der Forderung nach einer internationalen  
75 Untersuchung der  
76 Todesfälle, der Gleichschaltung der Staatsorgane sowie der  
77 Massenentlassungen von  
78 medizinischem Personal.
- 73 4. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf die Stärkung  
74 zivilgesellschaftlicher  
75 Partnerinnen und Partner zu konzentrieren und künftig wieder vermehrt  
76 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer zu finanzieren;

## **Begründung**

Bündnis90/Die Grünen sind eine Partei der Menschenrechte. Wir fühlen uns verpflichtet auch die Konflikte und Krisenherde zu thematisieren und die Menschenrechtler\*innen zu unterstützen die nicht im Fokus der öffentlichen deutschen Beobachtung stehen.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Marlene Riedel (Frankfurt KV); Mogdeh Töbelmann (KV Berlin-Mitte); Tina Zapf (KV Frankfurt); Christoph Rosenbaum (Frankfurt KV); Ingo Klose (KV Nürnberg-Stadt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Daniela Cappelluti (KV Frankfurt); Julia Eberz (KV Frankfurt); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Bärbel Spiegel (KV Frankfurt); Hanna Ursula Thiele (KV Frankfurt); Martina Feldmayer (KV Frankfurt); Nina Eisenhardt (KV Groß-Gerau); Emre Telyakar (KV Frankfurt); Wolfgang Siefert (KV Frankfurt); Mirjam Luise Schmidt (KV Frankfurt); Dana Kube (KV Frankfurt); sowie 10 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.